

NR. 2, JULI 2022

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH



- › **LANDSGEMEINDE:** WIRD DER KANTON GLARUS ZUM KLIMA-KANTON? SEITE 6
- › **AUTOBAHNEN:** AUSBAUPROJEKTE STOSSEN AUF GRÜNEN WIDERSTAND SEITE 8-11
- › **INTERVIEW:** MERET GROB ÜBER IHREN EINSTIEG BEI DEN GRÜNEN CH SEITE 15



**WER STRASSEN SÄT,
WIRD VERKEHR ERNTEN**

LIEBE GEHT DURCH DEN GARTEN.

Ihre Lieblingspflanzen jetzt in unserer Biogärtnerei oder im biopflanzen-shop.ch

neubauer

neubauer.ch

...sorgt für Leben im Garten

ZU WARM UNTERM DACH?

CURAU
WWW.CURAU.CH

Mit unserer Dämmung bleibt die Hitze draussen!

Im Einklang mit der Natur



Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste Label der Schweiz



COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem besonderen Angebot und dem guten Service. Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-, Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps und dem grossen Medienkatalog mit **E-Shop!**

für Küche, Haushalt, Bad, Garten, Kleiderschrank und Geschenksideen
Bahnhofstrasse 4 · Weinfelden
www.biosfair.ch

DEIN INSERAT IM «OSTGRÜN»

Du erreichst 1750 Mitglieder und Sympathisant*innen der GRÜNEN in der Ostschweiz.

1/8 Seite Fr. 150.00, bei drei Schaltungen 20% Rabatt, 10% Mitgliederrabatt.

sekretariat@gruene-sg.ch | sekretariat@gruene-tg.ch

Markus Allemann Naturgärten GmbH



Herzklopfen

Planung, Ausführung und Unterhalt von Naturgärten
8577 Schönholzerswilten
Telefon 071 633 29 84
www.natur-gaerten.ch



EFFIZIENZ, KONSISTENZ UND SUFFIZIENZ

Liebe GRÜNE

Nicht nur in der Politik und nicht nur seit kurzem sprechen wir von Effizienz, Konsistenz und Suffizienz – diese drei Begriffe stehen für die möglichen Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung. Zu Deutsch können die Begriffe mit Wirksamkeit, Widerspruchslosigkeit und Zulänglichkeit bezeichnet werden.

Die Steigerung der Wirksamkeit ist und war immer ein grundlegender Antrieb in der Forschung und Entwicklung. Vorrangig war dabei die technische und ökonomische Steigerung der Effizienz. Mehr und mehr verstehen wir, dass auch der schonende und verantwortungsvolle Einsatz der Ressourcen wesentlich zur erhöhten Wirksamkeit beiträgt.

Die drei Standbeine für eine nachhaltige Entwicklung.

In allen Belangen des Lebens sehen wir uns mit Widersprüchen konfrontiert. Widersprüche finden sich im gesellschaftlichen Leben genauso wie in unserem Umgang mit der Welt. In immer mehr Bereichen erlangen wir das Wissen über einen konsistenten Umgang mit unserer Umwelt. Mit der Strategie der Konsistenz dürfen die Leistungen der Natur genutzt werden, ohne ihr zu schaden. Diese Erkenntnis müssen wir in unserem Tun beachten.

Auch die Mittel für Veränderungen kennen wir, aber das rechte Mass ist uns abhanden gekommen. Was genügend ist, was ausreichend, darüber lässt sich trefflich streiten. Nicht Askese und nicht Pomp sondern Zulänglichkeit, eben Suffizienz gilt es auszuhandeln, um uns und den nachkommenden Generationen ausreichende Ressourcen und genügende Lebensgrundlagen zu sichern.

Effizienz, Konsistenz und Suffizienz – diese drei Begriffe sehen wir als Standbeine für eine nachhaltige Entwicklung unseres Schaffens und unseres Lebensraumes. Denn eines steht fest – der Schemel auf seinen drei stabilen Beinen, am besten wenn alle gleich lang sind.



Tanja Zschokke
Kantonsrätin, Vize-Fraktionspräsidentin GRÜNE SG
tanja.zschokke@gruene-sg.ch



OSTGRÜN NR. 2/2022

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Harfenbergstr. 17, 9000 St.Gallen

Juli 2022
Erscheint 3-mal jährlich

Auflage: 1750 Exemplare

Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Regula N. Keller (GL), Maya Crameri (GR), Roland Müller (SH)

Autor*innen: Urs Bernhardsgrütter, Daniel Bosshard, Maya Crameri, Kurt Egger, Daniela Furter, Regula N. Keller, Markus Mauchle, Kaj Weibel, Mathias Zopfi, Tanja Zschokke

Gestaltung: Daniel Bosshard

Titelbild: makasana/iStock
Porträtfotos S. 4 - 5: Béatrice Devènes

Druck: Druckerei Walpen, Gossau



GLETSCHER-INITIATIVE:

ZWISCHENERFOLG FÜRS KLIMA

Der Nationalrat hat in der Sommersession den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative deutlich angenommen. Nebst der Verankerung des Netto-Null-Ziels für 2050 enthält die Vorlage konkrete Massnahmen mit Förderbeiträgen für den Heizungsersatz und für innovative Unternehmen.

Die Gletscher-Initiative ist Ende 2019 eingereicht worden. Die Initiative verlangt, dass die Treibhausgasemissionen bis spätestens 2050 auf Netto-Null sinken müssen. Ebenso dürfen ab 2050 in der Schweiz keine fossilen Brenn- und Treibstoffe mehr in Verkehr gebracht werden.

Die Umweltkommission hat in der Folge einen indirekten Gegenvorschlag erarbeitet. Als Gesetzesvorlage kann dieser wesentlich schneller in Kraft gesetzt werden als die Initiative, welche in die Bundesverfassung aufgenommen werden soll. Das Resultat ist für die GRÜNEN sehr erfreulich. Die hartnäckige Arbeit hat sich gelohnt.

Der Gegenvorschlag geht sogar weiter als die Initiative. Er bringt griffige und rasch wirksame Massnahmen fürs Klima. Dazu gehören ein verpflichtendes Netto-Null-Ziel bis 2050 für Unternehmen, die Förderung des Ersatzes von Öl-, Gas- und Elektrowiderstandsheizungen mittels jährlich 200 Millionen Franken (für die nächsten 10 Jahre)

sowie die Förderung innovativer Unternehmen und neuartiger Technologien mit jährlich 200 Millionen Franken bis 2030. Weiter begrüssen die GRÜNEN, dass die Bundesverwaltung und die Kantone mit gutem Beispiel vorangehen und ihr Netto-Null-Ziel bereits 2040 erreichen wollen.

Schritt in die richtige Richtung

Der indirekte Gegenvorschlag ist ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung. Um die Klimaneutralität

«Um die Klimaneutralität schnellstmöglich zu erreichen, braucht es aber noch entschlossenere Massnahmen.»

schnellstmöglich zu erreichen, braucht es aber noch entschlossenere Massnahmen. Die GRÜNEN haben entsprechende weiter-

gehende Anträge eingereicht, welche leider alle abgelehnt worden sind.

Das übergeordnete Reduktionsziel Netto-Null soll bis 2040 und nicht erst bis 2050 erreicht werden. Die GRÜNEN zeigen in ihrem Klimaplan auf, wie das geht. Auch der Flugsektor soll an die Erreichung der Zwischenziele beitragen. In Kantonen, welche die Ziele im Gebäudebereich nicht erreichen, sollen strengere Verbrauchswerte für neue

Heizungsanlagen gelten. Vereinbarungen mit der Finanzbranche für eine klimaverträgliche Ausrichtung der Finanzmittelflüsse sollen obligatorisch sein. Ebenso forderten die GRÜNEN tiefere Verbrauchswerte für neue Fahrzeuge.

Allfälliger Rückzug der Initiative

Die Initiant*innen haben verlauten lassen, dass sie bei Annahme des indirekten Gegenvorschlags die Initiative zurückziehen werden. Allerdings ist die Annahme durch den Nationalrat erst die erste Hürde. Als nächstes geht das Geschäft in den Ständerat. Die vorberatende Kommission schlägt bereits Kürzungen der Förderbeiträge von einer Milliarde Franken vor. Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dies wieder zu korrigieren.



Kurt Egger
Nationalrat GRÜNE TG



ARMEEAUSGABEN STEIGEN – ANDERES KOMMT ZU KURZ

Stände- und Nationalrat haben einer Motion zugestimmt, die Armeeaussgaben auf 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen, ohne zu wissen, wofür die Mittel gebraucht werden. Es zeichnet sich ab, dass die zusätzlichen Mittel andernorts fehlen werden.

Die sicherheitspolitische Lage Europas und der Schweiz hat sich mit dem Krieg in der Ukraine verändert. Wir müssen die Auswirkungen analysieren und eine Diskussion darüber führen. Dazu gehört auch die Frage, ob die Armee schneller ihre Mittel erneuern können muss. Die GRÜNEN verschliessen sich dieser Diskussion nicht. Gerade im wichtigen Bereich Cybersicherheit muss mehr getan werden, denn dort sind wir im Moment äusserst verwundbar.

Zuerst müsste aber eine Diskussion über die notwendigen Fähigkeiten der Armee geführt werden. Es gehört aufgezeigt, mit welchen Kosten für verschiedene Optionen zu rechnen ist. Geprüft werden muss auch die Frage von Bündnissen und ob das Bild einer Armee, die alle Fähigkeiten autonom abdecken muss, noch zeitgemäss ist. Schliesslich wollen wir der Bevölkerung die grösstmögliche Sicherheit bieten.

Indem nun das Parlament bestimmt hat, die Armeeaussgaben ohne diese Diskussion auf 1 Prozent des BIP zu erhöhen, hat es massive Mehraussgaben beschlossen, ohne aufzuzeigen, wo die Mittel herkommen und wo sie

abgezackt werden. Gerade weil klar ist, dass diese Mittel in dringenden Handlungsfeldern wie bei einem griffigen Klimaschutz fehlen werden, ist das verantwortungslos.

Armeebudget bald 10 Milliarden?

Die Armeeaussgaben wären bis 2032 ohnehin um 1.4 Prozent jährlich angestiegen. Das gäbe bis 2032 einen Anstieg auf fast sechs Milliarden Franken jährlich. Mit dem Beschluss, bis 2030 1 Prozent des BIP erreichen zu wollen, was bei heutigem Stand des BIP rund 7.5 Milliarden Franken jährlich beträgt, stehen von 2022 bis 2032 insgesamt rund 10.5 Milliarden Franken mehr zur Verfügung. Dies noch ohne einen (realistischen) Anstieg des BIP in den nächsten Jahren einzurechnen.

Es kommt der Verdacht auf, dass gewisse Kreise der Bürgerlichen die Chance genutzt haben, um ihre Vorstellungen einer Armee umzusetzen: Einer Armee, die wieder bedeutend grösser ist und autonom die Landesverteidigung sicherstellt. Unsere sicherheitspolitische Lage hat sich natürlich verändert. Aber

wer die Lage der Ukraine mit unserer Lage gleichsetzt, der sorgt nicht für mehr Sicherheit, sondern dafür, dass wir mit viel Geld eine Armee der Vergangenheit reaktivieren.

Abhängigkeit von autoritären Staaten beenden

Viel dringender wäre gewesen, die unbürokratische Hilfe für die notleidende Bevölkerung in der Ukraine auszubauen. Zudem gilt es, uns aus der Abhängigkeit von Importen aus autoritären Staaten zu befreien. Das würde im Moment am besten unsere Werte und unser Weltbild verteidigen, welche von Putins Russland angegriffen werden.

«Es ist klar, dass diese Mittel bei einem griffigen Klimaschutz fehlen werden.»



Mathias Zopfi
Ständerat GRÜNE GL



WIRD DER KANTON GLARUS ZUM KLIMA-KANTON?

Am 1. Mai fand in Glarus die diesjährige Landsgemeinde statt. Erneut haben die Stimmberechtigten im Glarnerland richtungsweisende Entscheide in der kantonalen Klimapolitik getroffen. Zudem befürwortete die Glarner Stimmbevölkerung autofreie Tage fürs Naherholungsgebiet Klöntal.

KWE. Der Memorialsantrag «Slow Sundays im Klöntal» der GRÜNEN und Jungen Grünen Glarus wurde mit einem Änderungsantrag angenommen. Damit stimmte die Glarner Bevölkerung einer Vorlage zu, die einzelne autofreie Sonntage im Klöntal fordert.

Mit der Annahme des Memorialsantrags wird Raum für neue und sanftere Mobilitäts- und Tourismuskonzepte geschaffen. Das Klöntal hat dann hoffentlich auch einen Effekt auf andere Tourismusdestinationen im Glarnerland. Bereits jetzt haben weitere Sektionen der Jungen Grünen Schweiz angekündigt, dass sie sich in ihren

Kantonen für autofreie Sonntage stark machen möchten.

Wie das zukünftige Gesetz im Kanton Glarus genau aussehen wird und welche Ausnahmen gelten werden, zeigt sich erst im Gesetzesentwurf der Regierung. Diese hat nun den Auftrag, ein Gesetz auszuarbeiten, welches einzelne autofreie Tage im Klöntal beinhaltet. Das ausgearbeitete Gesetz kommt dann erneut vor die Landsgemeinde.

Die Glarner Klimapolitik auf dem Vormarsch

Daneben gab es so einige klimapolitische Erfolge: Die Glarner Stimmbevölkerung stimmte der Verankerung des Klimaschutzes in der Kantonsverfassung zu und stockte den Energiefonds auf insgesamt 24 Millionen Franken auf. Die Verankerung des Klimaschutzes in der Verfassung kennen sonst nur noch die beiden Kantone Bern und Zürich.

Die diesjährige Landsgemeinde war nicht die erste, mit der der kleine Bergkanton vormachte, wie klimaorientierte Politik aussehen kann. An der Landsgemeinde im September 2021 haben die Stimmbürger*innen ihr kantoniales

Titelbild: Eva-Maria Kreis bei ihrem Votum zum Memorialsantrag (Bild: Sasi Subramaniam).

Energiegesetz zum nun strengsten der ganzen Schweiz gemacht. Damals wurde beschlossen, dass bei Neu- und Umbauten keine fossilen Öl- oder Gasheizungen mehr eingebaut werden dürfen.

Macht die Institution der Landsgemeinde Glarus noch zum Klima-Kanton? Das wären wohl etwas gar hehre Hoffnungen. Denn an der Urne stimmen die Glarner*innen nämlich meist stockkonservativ. Das eidgenössische CO₂-Gesetz wurde im vergangenen Sommer mit satten 60.1 Prozent bachab geschickt.

Zu hoffen und zu wünschen bleibt aber, dass es noch weitere Klima-Landsgemeinden geben wird und man auch in Zukunft gespannt auf die Klimapolitik im Glarnerland blicken darf.



Über den QR-Code sind alle Medienberichte zum Memorialsantrag «Slow Sundays im Klöntal» abrufbar.



Die Jungen Grünen Glarus feiern den Erfolg ihres Memorialsantrags (Bild: Sasi Subramaniam).



GRÜNE HOLEN ZWEI SITZE IN GRAUBÜNDEN

Endlich! Die Zeit ohne GRÜNE im Grossen Rat von Graubünden ist vorbei. Die zwei GRÜNEN Anita Mazzetta und Simon Gredig haben die Wahl am 15. Mai geschafft. Die gemeinsame Liste der SP und GRÜNEN wird zudem zweitstärkste Fraktion im Grossen Rat.

MCR. Von den 19 kandidierenden GRÜNEN haben es zwei in den Grossen Rat geschafft: Anita Mazzetta und Simon Gredig, beide aus Chur. Alt-Gemeinderätin Anita Mazzetta erzielte gar das beste Resultat in ihrem Wahlkreis. Mit einem hervorragenden Resultat wurde auch Simon Gredig gewählt, ein politischer Senkrechtstarter. Mit ihm haben die GRÜNEN nun einen engagierten Verkehrspolitiker im Grossen Rat. Bemerkenswert ist zudem, dass gleich drei GRÜNE als erste Stellver-

treter in den Startlöchern stehen: Teo Cramer (Kreis Trimmis), Nic Zogg (Kreis Rhäzüns) und Armando Lenz (Kreis Domleschg).

Der langersehnte Systemwechsel bei den Wahlen, vom Majorz zum Proporz, sorgte wie erhofft für massive Kräfteverschiebungen im Grossen Rat. Die gemeinsame Liste der SP und GRÜNEN holte 27 Sitze, 9 mehr als bei den letzten Wahlen. SP und GRÜNE werden zusammen zweitstärkste Kraft im

Parlament, hinter der Mitte und noch vor der FDP. Die Allmacht dieser beiden Parteien ist damit gebrochen.

Die Proporzahlen haben den Grossen Rat auch weiblicher und jünger gemacht. Der Frauenanteil stieg von einem Viertel auf einen Drittel – ein grosser Schritt, wenn auch auf tiefem Niveau. SP und GRÜNE traten mit einer paritätischen Liste an. Das hat sich ausgezahlt. Die Mehrheit der 27 Sitze ist in Frauenhand.



ANITA MAZZETTA

Wohnort: Chur
 Jahrgang: 1963
 Ausbildung: lic.phil.I., Lehrdiplom für Maturitätsschulen
 Tätigkeit: Geschäftsleiterin WWF GR
 Engagement: u.a. Vereinigung Bündner Umweltorganisationen, AEE GR, Benevol GR



SIMON GREDIG

Wohnort: Chur
 Jahrgang: 1993
 Ausbildung: Umweltnaturwissenschaftler ETH
 Tätigkeit: Geschäftsführer Pro Velo GR
 Engagement: VCS GR, Vereinigung Bündner Umweltorganisationen

Stadtklima-Initiative auch in Chur

Nach Basel, Bern, Genf, St.Gallen, Winterthur und Zürich ist Chur die erste kleinere Stadt, in der die «Stadtklima-Initiative» von Umverkehr lanciert wird. Mit der Initiative soll während zehn Jahren jährlich ein Prozent des Strassenraums auf Stadtgebiet in Grün-, Fuss- und Veloflächen umgewandelt werden. Die Initiative leistet damit einen Beitrag zu mehr Klimaschutz und zur Anpassung der Stadt an den Klimawandel. Zur treibenden Kraft der Initiative gehören die zwei neu in den Grossen Rat gewählten GRÜNEN, Anita Mazzetta und Simon Gredig, sowie Andi Schnoz, Churer Gemeinderat der Freien Liste/GRÜNE.



AUSBAUPROJEKTE STOSSEN AUF GRÜNEN WIDERSTAND

Der Bundesrat hat seine Vorstellungen zum Ausbau der Nationalstrassen in die Vernehmlassung geschickt. In Zeiten, in denen der Verkehr zur Erreichung der Klima- und Umweltziele massiv reduziert werden muss, ist aus Sicht der GRÜNEN ein Rückbau und kein Ausbau von Strassen angezeigt.

KEG. Alle vier Jahre beschliessen die eidgenössischen Räte einen Zahlungsrahmen für den Betrieb, den Unterhalt und den Ausbau der Nationalstrassen. Interessant sind dabei vor allem die Kapazitätserweiterungen im Rahmen des strategischen Entwicklungsprogrammes (STEP Nationalstrassen). Diese sind aufgeteilt in den Ausbauschnitt 2023 und den Realisierungshorizont 2030. Strassen, welche nicht im Realisierungshorizont aufgeführt sind, werden auf lange Sicht nicht gebaut. Im OSTGRÜN-Land schlägt der Bundes-

rat im Ausbauschnitt 2023 die beiden neuen Autobahnausbauten 2. Röhre Fäsenstaubtunnel in Schaffhausen (siehe S. 10) und 3. Röhre Rosenberg-tunnel (inkl. Spange Güterbahnhof) in St.Gallen (siehe S. 11) vor. Nicht enthalten sind die Bodensee-Thurtal-Strasse (BTS) und der Zubringer Appenzeller-land.

Die bundesrätliche Vorlage war bis Ende April in der Vernehmlassung und kommt in der ersten Hälfte 2023 in die eidgenössischen Räte. Für die GRÜNEN

beginnt dann die Arbeit. Es geht darum, die eidgenössischen Parlamentarier*innen davon zu überzeugen, dass es die beiden Tunneln in St.Gallen und Schaffhausen nicht braucht und dass die BTS im Thurtal nicht in das Programm aufgenommen werden soll. Die Umfahrung Näfels ist bereits früher vom Parlament beschlossen worden.

BTS aufs Eis gelegt

Im Kanton Thurgau wollen Wirtschaftsverbände und bürgerliche Parteien seit zwanzig Jahren eine neue Autostrasse durch das Thurtal, die sogenannte Bodensee-Thurtal Strasse (BTS), bauen. Die GRÜNEN Thurgau nehmen nun erfreut zur Kenntnis, dass der Bundesrat die BTS nicht in die künftigen Ausbauschnitte der Nationalstrassen aufnehmen will.

Der Bund betont, dass die Probleme im nationalen Vergleich insgesamt gering seien. Das Vorhaben ziehe einen hohen Flächenbedarf nach sich, bedinge beträchtliche Eingriffe in die Landschaft und verursache mit fast zwei Milliarden Franken im Vergleich zum erzielten Nutzen sehr hohe Kosten. Es bestehen Zweifel an der Kompatibilität des Vorhabens mit den verkehrs- und umwelt-

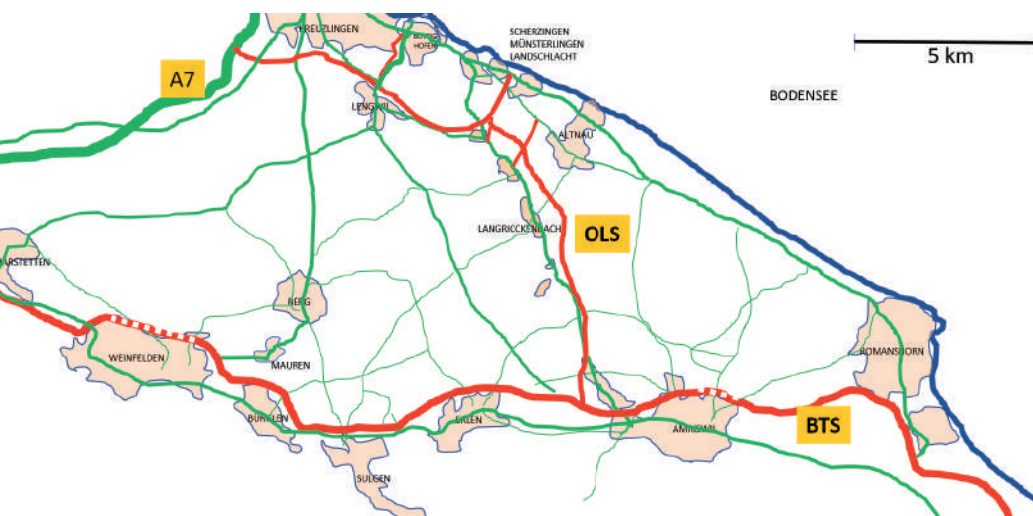


Bild oben: Übersicht der verschiedenen (geplanten) Autobahnabschnitte im Kanton Thurgau. Titelbild: Über diese Felder sollte die BTS die Thurebene durchqueren und hinten in einem Tunnel im Ottoberg verschwinden.

politischen Vorgaben des Bundes.

Die GRÜNEN betonen seit mehr als zehn Jahren, dass es wenig Sinn macht, eine 33 Kilometer neue Strasse mitten durch das Kulturland zu bauen; zumal auf der gleichen Strecke ein gut ausgebautes ÖV-System besteht.

Weil die Thurgauer Regierung und eine knappe Mehrheit des Grossen Rates an dieser Strasse festhalten will, entsteht eine eigentliche Blockade. Der Kanton hat in den letzten Jahren mehr als sechs Millionen Franken für die BTS-Planung ausgegeben. Als Resultat gibt es weder ein Projekt noch konnten nötige Verbesserungen für den Langsamverkehr und für Beruhigungen in den Dörfern realisiert werden.

Bürgerliche Kreise versuchen nun, die BTS im parlamentarischen Prozess doch noch ins Programm aufzunehmen und haben in Bern eine Petition mit 7'000 Unterschriften eingereicht. Grüne, linke Parteien und Umweltverbände sind jedoch gut organisiert und werden die BTS zu verhindern wissen.

Jubiläumsanlass OLS-Wanderung und Velofahrt

Vor genau zehn Jahren wurde «vernetzt», was nicht zusammengehört: die zwei Halbautobahnen BTS und OLS. Die OLS verbindet Amriswil mit

Kreuzlingen und führt durch wertvolles Kulturland über den Seerücken. Mit dem Vorschlag des Bundesrates, die Thurtalachse BTS (so) nicht zu bauen, steigen die Chancen, dass die Seerücken-Strasse abgeschrieben wird.

Das Komitee zum Schutz des Seerückens bietet Wandern oder Velofahren auf verschiedenen Wegen entlang des geplanten OLS-Trasses an:

Datum: Sonntag, 25. September 2022

Treffpunkt: 13.00 auf dem Lindenhof unterhalb Langrickenbach, mit Festwirtschaft. Mehr unter:

<https://seeruecken-komitee.ch>

Kein Zubringer Appenzellerland

Die GRÜNEN begrüssen ebenso, dass das Projekt Zubringer Appenzellerland nicht ins STEP aufgenommen wird. Sie fordern anstelle von weiteren Studien, dass auf dieses Projekt verzichtet wird, weil ein neuer Autobahnanschluss unnötig ist. Mit dem kürzlich erfolgten Ausbau der Appenzellerstrasse von Winkeln nach Herisau ist das Appenzellerland gut ans Autobahnnetz angeschlossen. Der minimale Zeitgewinn dank dem geplanten Zubringer müsste durch zwei teure Tunneln, einen erheblichen Kulturlandverschleiss und riesige Mengen von umweltschädlichem Beton erkauft werden.

HALTUNG DER GRÜNEN

Die GRÜNEN Schweiz lehnen sämtliche Ausbaupläne des Ausbaus 2023 für die Nationalstrassen, welche über den Ausbau im Sinne von Anpassungen hinausgehen, ab. Nebst den beiden Ostschweizer Projekten (Fäsenstaubtunnel in Schaffhausen, siehe Seite 10 und Rosenbergertunnel in St.Gallen, siehe Seite 11) sollen in naher Zukunft die Autobahn im Raum Bern von sechs auf acht Spuren ausgebaut und in Basel ein neuer Rheintunnel erstellt werden.

Die Schweiz hat ihr nationales Klimaziel für 2020 nicht erreicht. Wird die Corona-Pandemie und die damit einhergehende rein vorübergehende Abnahme der Mobilität berücksichtigt, ist klar, dass insbesondere der Verkehr seine Reduktionsziele nicht erreicht. Während bei den Gebäuden die Emissionen deutlich abnehmen, bleiben sie beim Verkehr praktisch konstant. Die bessere Antriebseffizienz wird durch immer mehr grössere Fahrzeuge kompensiert. Dazu kommt, dass der Verlust der Biodiversität in der Schweiz weiter voranschreitet. Die Zerschneidung von Lebensräumen durch Verkehrsinfrastrukturen und die Zersiedelung der Landschaft sind wichtige Treiber der zunehmenden Artenarmut.

In Zeiten, in denen der Verkehr zur Erreichung der Klima- und Umweltziele massiv reduziert werden muss, ist aus Sicht der GRÜNEN ein Rückbau und kein Ausbau von Strassen für den Autoverkehr angebracht.



KEINE ZWEITE FÄSENSTAUBRÖHRE

In Schaffhausen soll die A4-Stadttangente auf vier Spuren ausgebaut wird. Dem Projekt wird auf politischer Ebene viel Goodwill entgegengebracht, jedoch nicht von den GRÜNEN. Diese wollen neue Lösungsansätze und keine neuen Strassen, die schlussendlich nur mehr Verkehr produzieren.

Was werden die Folgen sein, wenn in Schaffhausen die A4-Stadttangente auf vier Spuren ausgebaut wird? Mit dieser Frage müssen wir uns in den nächsten Monaten auseinandersetzen. Denn der Ausbau des Nationalstrassenabschnitts zwischen Schaffhausen Süd und Herblingen ist für die Jahre 2030 bis 2035 projektiert und wird zurzeit mit anderen nationalen Projekten im Bundeshaus beraten.

Die GRÜNEN Schaffhausen sind der Ansicht, dass in der heutigen Zeit der Ausbau von Autobahninfrastruktur der falsche Ansatz und aus politischer Sicht generell zu hinterfragen ist. Mehr Strassen führen zu mehr Verkehr, das wird auch beim Bau einer zweiten Röhre Fäsenstaub nicht anders sein. Keine Engpassbeseitigung hat bisher zu weniger Stau geführt, sondern diesen nur verlagert und bei anderen Abschnitten zu Stau geführt. Ist es richtig, wenn wir immer mit dem gleichen Lösungsansatz auf Verkehrsprobleme reagieren – sprich mit neuen Strassen?

Der meiste Verkehr ist hausgemacht
Wir brauchen Visionen statt Tunnels. Ist es nicht an der Zeit neue Ansätze zu finden? Die Inbetriebnahme der 2.

Röhre ist frühestens 2040 geplant. In 20 Jahren sieht unsere Welt wohl komplett anders aus. Wir können darauf hoffen, dass endlich eine massive Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den Fuss- und Veloverkehr stattfindet.

Man muss bedenken, dass über 50 Prozent der Autofahrten im Fäsenstaubtunnel hausgemacht sind, nur 25 Prozent ist reiner Transitverkehr. Sprich die meisten Autofahrten sind Kurzdistancen und können problemlos anders bewerkstelligt werden. Ebenso ist seit Corona Homeoffice keine Utopie mehr. Viele Fahrten können somit verhindert werden. Und die Digitalisierung ist voll im Gange. In einigen Jahren kann die durchschnittliche Auslastung eines Autos von 1.1 Personen auf mindestens 2 Personen gesteigert werden.

GRÜNE wollen neue Lösungsansätze
Auf politischer Ebene wird dem Projekt viel Goodwill entgegengebracht, auch weil viele Versprechungen bezüglich flankierender Massnahmen gemacht werden. Doch die GRÜNEN sind der Meinung, dass die Lärmbelastung und

Titelbild: Anschluss Nord, der für die Zufahrt aufgehoben wird.

der Verkehr auf dem innerstädtischen Strassennetz massiv zunehmen werden. Die Aufhebung des Anschlusses Schaffhausen Nord und die dadurch

entstehende Verlagerung des Verkehrs auf die Altstadt wird auch mit den versprochenen Massnahmen für den Veloverkehr nicht zu verhindern sein.

Dieser unbedachte Ausbau sollte eigentlich der Vergangenheit angehören, denn er widerspricht den Pariser Klimazielen und ist zu verhindern. Die GRÜNEN wollen neue Lösungsansätze und die Mobilität neu denken!

«Dieser unbedachte Ausbau sollte eigentlich der Vergangenheit angehören.»



Daniela Furter
Grossstadträtin SH



DICKE POST NACH BERN

Der Bundesrat will die dritte Tunnelröhre beim Rosenberg und den zusätzlichen Autobahnanschluss beim Güterbahnhof definitiv realisieren. Die GRÜNEN lehnen das Projekt ab, weil es zu mehr Autoverkehr führt und die Klimaerhitzung weiter antreibt.

MMA. Gegen den geplanten Autobahnanschluss beim Güterbahnhof St. Gallen formiert sich endlich Widerstand. Das Bauprojekt geistert schon lange in immer neuen Varianten durch Medien und öffentliche Veranstaltungen. Anfang dieses Jahres hat der Bundesrat in einer Vernehmlassungsvorlage zu diversen Autobahnprojekten klar gemacht, dass die 3. Röhre beim Rosenbergtunnel und die Ausfahrt Güterbahnhof für ihn höchste Priorität haben und bis 2040 fertig gestellt werden sollen.

Beim Güterbahnhof ist ein unterirdischer Kreisel geplant, von dem aus die Stadt nach Osten ins Zentrum und nach Westen in die Quartiere mit Verkehr geflutet wird. Ein weiterer Ausgang führt in südlicher Richtung durch den Liebeggtunnel nach Teufen. Begründet wird das Vorhaben mit den üblichen Argumenten: Die aktuell vorhandenen Kapazitäten auf der Stadtautobahn reichen nicht aus, um das zukünftige Verkehrswachstum aufzunehmen. Längst ist klar, dass der Ausbau von Strassenkapazitäten selbst das Verkehrswachstum antreibt.

Aber diese Erkenntnis wird vom ASTRA (Bundesamt für Strassen) verdrängt oder ignoriert.

Teilnahme an Vernehmlassung
Nicht nur für die GRÜNEN ist klar, dass dieses Projekt niemals realisiert werden darf, wenn man in St. Gallen die Pariser Klimaziele erreichen will.

Die schon vor Jahren aufgegleiste Verkehrspolitik, welche den motorisierten Individualverkehr plafonieren und das

zukünftige Wachstum der Mobilität über ÖV, Fuss- und Veloverkehr auffangen will, würde ausgehebelt. In einer koordinierten Aktion mit den Jungen Grünen, SP, Juso, GLP, VCS und Klimastreikkollektiv haben die GRÜNEN ihre Antworten zur Vernehmlassung des Bundes am 6. April unter dem Titel «Dicke Post nach Bern» den Medien übergeben. Die Stellungnahme der GRÜNEN ist nachzulesen unter: <https://bit.ly/3I9CT0H>.

Vereinsgründung im September
Um das Projekt wirklich verhindern zu können, braucht es aber viel mehr, nämlich eine breite, kräftige und nach-

haltige Oppositionsbewegung. Diese wollen die oben genannten Parteien und Verbände gemeinsam aufbauen. Im September findet das Gründungsfest des Vereins gegen die Autobahnausfahrt Güterbahnhof statt. Wer dabei sein will, findet die genauen Daten – und viele Detailinformationen zum Bauvorhaben des ASTRA – auf folgender Website: www.teilspange.ch

«Der Ausbau von Strassenkapazitäten selbst treibt das Verkehrswachstum an.»



Koordinierte Aktion von verschiedenen Parteien und Verbänden gegen den Ausbaus Schritt im Raum St. Gallen.



GINA RÜETSCHI

Mit Gina Rüetschi verlässt eine politisch erfahrene und langjährig für die GRÜNEN engagierte Kantonsrätin die GRÜNEN Thurgau in Richtung Winterthur. Als Nachfolgerin ist Erika Hanhart in den Grossen Rat nachgerutscht.

KEG. Die Politkarriere von Gina Rüetschi begann 2008 als Vorstandsmitglied der GRÜNEN Frauenfeld. Danach folgten einige Jahre in der Sekundarschulbehörde der Stadt Frauenfeld und von 2010 bis 2022 in der paritätischen Einbürgerungskommission Frauenfeld. Von 2014 bis 2021 war Gina Vorstandsmitglied von Caritas Thurgau und von 2014 bis 2016 Präsidentin der GRÜNEN Frauenfeld. 2011 rutschte Gina in den Grossen Rat nach und wurde jeweils wiedergewählt, ab 2016 immer mit dem besten grünen Resultat im Bezirk. Ein Ratskollege betitelte an der Abschiedsfeier ihr Wirken mit «Gina, die Frau für alle Fälle».

Ginas politisches Interesse galt vor allem den sozialen Themen wie Gesundheit, Asyl, Frauenrechte, Migration und Integration. Ihr berufliches Fachwissen als Pflegefachfrau brachte sie bei allen

kantonalen Gesundheitsthemen, wie z. B. dem Geriatrie- und Demenzkonzept ein. Einige ihrer persönlichen Vorstösse betrafen unbegleitete minderjährige Asylsuchende, die kantonale Nothilfestrategie für abgewiesene Asylsuchende oder die Umsetzung der Istanbul-Konvention. Sie hat im Verlauf ihrer Grossrattätigkeit in den wichtigsten ständigen Kommissionen mitgearbeitet. Gina Rüetschi pflegte auch den Kontakt mit den GRÜNEN Schweiz. Während zwei Jahren war sie eine der sechs Vizepräsident*innen von Regula Rytz und seit 2014 nahm sie als kantonale Delegierte an den Versammlungen der GRÜNEN Schweiz teil.

Nachfolgerin Erika Hanhart

Als Nachfolgerin nimmt Erika Hanhart seit März 2022 den Platz im Grossen Rat ein. Erika Hanhart ist pensionierte Kauffrau aus Matzingen. Sie wirkt

seit einigen Jahren im Vorstand und in der Geschäftsleitung der GRÜNEN Thurgau sowie im Vorstand der GRÜNEN Schweiz mit. Ihre thematischen Schwerpunkte sind Natur- und Umweltschutz, erneuerbare Energien, Soziales und Bildung.

Obergericht

Die GRÜNEN sind an den Gerichten generell untervertreten. Dies gilt insbesondere für das Obergericht, in dem gar niemand von den GRÜNEN einen Sitz hat. Im Mai kandidierten die GRÜNEN mit dem bestens qualifizierten Kandidaten Fabian Mörtl aus Balternwil. Leider wählten die bürgerlichen Fraktionen eine SVP-Frau, die allerdings bei den letzten Wahlen ins Obergericht vor rund zwei Jahren einem SVP-Mann unterlag. Die GRÜNEN werden auch in Zukunft einen Sitz am Obergericht anstreben.

WAHLERFOLG IN GLARUS

Bei den Landratswahlen im vergangenen Mai konnten die GRÜNEN Glarus ihren Wähleranteil von 11.5 auf 13.1 Prozent und die Anzahl Sitze von sieben auf acht erhöhen. Nebst den bisherigen Regula N. Keller, Priska

Müller Wahl, Nadine Landolt, Marius Grossenbacher und This Zopfi konnten Cinia Schriber und die beiden Jungen Grünen Kaj Weibel und Frederick Hefti neu einen Sitz im 60-köpfigen Landrat erobern. Die Grüne Fraktion verjüngt

sich damit deutlich und der Frauenanteil ist mit 50 Prozent überdurchschnittlich hoch.

Die OSTGRÜN-Redaktion gratuliert herzlich.



SEEUFERWEG IN

WEITER FERNE

Der seit über 20 Jahren im Richtplan aufgeführte Seeuferweg bei Kempraten ist bis heute nicht umgesetzt. Kantonsrat Marco Fäh reichte hierzu einen Vorstoss ein. Die Regierung spielt den Ball an die Stadt weiter. Die GRÜNEN Linth führten nun eine Fachdiskussion zu diesem wichtigen Anliegen.

UBE. Für die GRÜNEN im Linthgebiet wäre ein Uferweg von Kempraten Richtung Stäfa von grossem öffentlichem Interesse. In diesem Zusammenhang ist wichtig zu wissen, dass im Nachbarkanton Zürich kürzlich eine Volksinitiative für einen Uferweg am Zürichsee eingereicht wurde. Diese umfasst auch die ökologische Aufwertung der Seeufer. Aus diesem Grund haben die GRÜNEN Linth Julia Gerber, Präsidentin des Initiativkomitees und den Historiker Willy A. Rüegg zu einem Referat eingeladen. Letzterer hat kürzlich zu dieser Frage ein Buch veröffentlicht.

Biodiversität am Zürichsee ist in Bedrängnis

Auf eine für die GRÜNEN wichtige Frage ging Willy A. Rüegg schon zu Beginn seines Referats ein: Wie steht es mit der Ökologie rund um den Zürichsee? Würden öffentliche Wege der immer wichtiger werdenden Frage nach der Biodiversität schaden? Denn es ist ein Fakt, dass wir uns in einer Biodiversitätskrise befinden und gerade Seeufer über eine grosse Artenvielfalt verfügen, sofern diese naturnah und unverbaut sind. Fakt ist gemäss Rüegg,

dass 95 Prozent des Seeanstosses am Zürichsee vermauert sei. Überall, wo öffentliche Seezugänge geschaffen werden, ergeben sich auch ökologische Aufwertungen. Dies kann auch im kleinen Zugang in Kempraten beobachtet werden, der kürzlich geschaffen wurde.

Rüegg folgert darum: Je mehr öffentliche Seeuferwege, desto höher der ökologische Nutzen für die ganze Natur.

Der See gehört allen

«Die Gewässer in der Schweiz sind öffentlich», dies zitierte Julia Gerber gerade zu Beginn ihres Referats aus dem Zivilgesetzbuch (Art. 664) und dem Raumplanungsgesetzes (Art. 3). Und wenn etwas öffentlich ist und von allen genutzt werden darf, so muss es auch zugänglich sein. Die Bevölkerung hat das Recht, an den Ufern der öffentlichen Gewässer zu wandern und zu verweilen. Dies soll in der Zürcher Kantonsverfassung nun verankert werden.

Weil der Wahlkreis See-Gaster einen beachtlichen Anstoss an den Zürichsee hat, ist die Initiative Grund, den Austausch zu dieser Frage zu intensivieren. Die GRÜNEN weisen darauf hin,

dass ein Uferweg von Schmerikon bis Rapperswil-Jona teilweise vorhanden ist (auch wenn dieser ökologisch noch aufzuwerten wäre). Ein solcher fehlt hingegen von Rapperswil-Jona bis zur Kantonsgrenze gänzlich.

Ein naturgerechter Seeuferweg von Rapperswil-Jona Richtung Stäfa und Meilen ist und bleibt ein Ziel der GRÜNEN Linth, auch wenn es ein langer Weg dazu sein wird und ihn wohl erst die übernächste Generation nutzen kann.



Die GRÜNEN Linth diskutierten mit Fachpersonen über einen öffentlichen Uferweg am Zürichsee.



ABSTIMMUNGEN VOM

25. SEPTEMBER 2022

Am 25. September stehen vier nationale Abstimmungen an: die Massentierhaltungsinitiative, das AHV-Gesetz (AHV21), die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur AHV-Finanzierung und das Verrechnungssteuergesetz. Die OSTGRÜN-Redaktion gibt einen Überblick mit Abstimmungsempfehlungen.

Ja zur Massentierhaltungsinitiative

Die Initiative gegen Massentierhaltung fordert das Ende der industriellen Tierproduktion in der Schweiz: eine bedürfnisgerechte Unterbringung und Pflege, Zugang ins Freie und Reduktion der Gruppengrößen in den Ställen. Damit die hiesige Landwirtschaft nicht durch billige Importe unterboten wird, sollen keine Tiere und Tierprodukte eingeführt werden, die nach in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden erzeugt wurden. Die Ausführungsbestimmungen sehen Übergangsfristen bis 25 Jahren vor, um den Betrieben genügend Zeit zur Umstellung zu geben.

Die Landwirtschaft verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie eine heile Welt mit glücklichen Tieren zeigt, die



nicht der Wirklichkeit entspricht. Zahlreiche Betriebe beweisen, dass es anders geht, indem sie die

Tiere entsprechend ihren Bedürfnissen halten und diesen in der Regel zu allen Jahreszeiten den Auslauf im Freien ermöglichen.

Nein zur AHV21

Der Reformbedarf in der Altersvorsorge ist auch für die GRÜNEN offensichtlich: Die Renten sind für viele Menschen, insbesondere für Frauen, bereits heute zu tief. Massgeblich dafür verantwortlich ist die schlechte Absicherung in der zweiten Säule (Pensionskasse) von Menschen mit niedrigen Einkommen. Aber auch die AHV wird bis heute ihrem Verfassungsauftrag – der Sicherung des Existenzbedarfs – nicht gerecht. Die Renten der Frauen sind heute ein Drittel tiefer als diejenigen der Männer. Die AHV21-Rentenreform geht auf Kosten der Frauen. Die einseitige Rentenaltererhöhung für Frauen wäre erst der Anfang. Kommt die AHV21 durch, ist das Rentenalter 67 für alle vorprogrammiert.

Nein zur Mehrwertsteuererhöhung

Sofern das Frauenrentenalter erhöht wird, soll mit der AHV21 auch die Mehrwertsteuer angehoben werden. Wir alle sollen also mehr bezahlen – für eine einseitige Rentenreform auf Kosten der Frauen. Geld für existenzsichernde Renten, wie sie auch die Bundesverfassung vorschreibt, wäre in der Schweiz ausreichend vorhanden. Wir GRÜNE unterstützen darum die SNB-Initiative,

die einen Teil der Nationalbankgewinne an die AHV ausschütten will.

Nein zum Verrechnungssteuergesetz

Die Verrechnungssteuer ist eine «Sicherungssteuer». Sie stellt sicher, dass Zinserträge und Vermögen in der Steuererklärung korrekt deklariert werden. Wer sein Vermögen in der Steuererklärung korrekt angibt, der erhält die von seinen Kapitalerträgen abgezogene Verrechnungssteuer von 35% wieder zurückerstattet. Die Verrechnungssteuer dient also dazu, die Steuerkriminalität zu verhindern. Trotzdem will die bürgerliche Mehrheit im Parlament nun die Verrechnungssteuer auf Zinsen aus inländischen Obligationen und auf indirekten Anlagen ersatzlos streichen. Damit soll die Kapitalbeschaffung von rund 200 Konzernen – das sind 0.03% aller Unternehmen in der Schweiz - privilegiert werden.

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG

der OSTGRÜN-Redaktion:

- JA** zur Massentierhaltungsinitiative
- NEIN** zur AHV21
- NEIN** zur Mehrwertsteuererhöhung
- NEIN** zum Verrechnungssteuergesetz



NACHGEFRAGT BEI

MERET GROB

Am 1. Mai 2022 hat Meret Grob aus Wil SG ihre Stelle als Koordinatorin Parteigremien und Events bei den GRÜNEN Schweiz angetreten. Sie erzählt uns unter anderem, wie sie sich in ihrem neuen Job eingelebt hat und auf welche Aufgaben sie sich am meisten freut.

Wie hast du dich in deinen neuen Job bei den GRÜNEN Schweiz eingelebt?

Nach zwei Monaten bei den GRÜNEN Schweiz habe ich mich mittlerweile gut eingelebt. Der Anfang war herausfordernd, da es meine Aufgabe ist, die verschiedenen Parteigremien zu koordinieren und da sind sehr viele verschiedene Menschen involviert. Wir haben ein grossartiges Team – ich konnte von viel vorhandenem Wissen profitieren und wurde gut aufgenommen.

Was hat dich motiviert, neben deinem politischen Engagement im Stadtparlament Wil nun die Politik auch zu deinem Beruf zu machen?

Ich habe sehr viel Freude an der Politik, an den Menschen, den Auseinandersetzungen und der Lösungsfindung. Ich glaube, das war der Hauptgrund, um mich bei den GRÜNEN Schweiz zu bewerben. Zudem haben mir die Aufga-

benbereiche sehr zugesagt. Es ist eine sehr spannende Zeit für die GRÜNEN, in welcher wir vieles erreichen können und wollen. Eine spannende Herausforderung bleibt auch die Kombination von lokaler und nationaler Politik. Manchmal braucht es eine gewisse Umstellungszeit, um zwischen diesen Ebenen wechseln zu können.

Was sind deine Hauptaufgaben?

Meine Hauptaufgabe ist die Geschäftsführung, den Vorstand und die Delegiertenversammlung zu koordinieren. Ich arbeite zusätzlich mit der Wahlkampfleitung für die Wahlen 2023 zusammen und bin die Ansprechperson für Kantone, Junge Grüne, europäische- und Global Greens. Daneben bin ich noch persönliche Mitarbeiterin von Balthasar Glättli.

Auf welche Aufgaben freust du dich am meisten?

Ich habe in meinen ersten sieben Wochen so viele interessante und engagierte Menschen kennengelernt, die sich für grüne Themen einsetzen und für eine nachhaltige Welt kämpfen. Ich freue mich sehr mit diesen Menschen zusammen zu arbeiten. Dem Wahljahr 2023 schaue ich mit Begeisterung ent-

gegen, obwohl es sicherlich intensiv und herausfordernd wird. Ende Mai 2023 feiern die GRÜNEN Schweiz ihr 40-jähriges Bestehen. Ein besonderer Moment für die Partei und alle die sich für eine nachhaltige Zukunft in der Schweiz einsetzen.

Die OSTGRÜN-Redaktion wünscht Meret viel Erfolg und Freude in ihrer neuen Stelle bei den GRÜNEN Schweiz!

ZUR PERSON

Meret Grob (27) aus Wil SG ist seit dem 1. Mai als Koordinatorin Parteigremien und Events bei den GRÜNEN Schweiz angestellt. Für die Jungen Grünen sitzt sie seit 2021 im Stadtparlament Wil. Zuvor hat sie an der Universität Basel ein Studium in Rechtswissenschaften absolviert.





Regula Rytz in Rorschach...

Der Krieg in der Ukraine hat auch in der Schweiz neue sicherheitspolitische Realitäten geschaffen. Plötzlich wollen Politiker*innen in Bern aufrüsten. Die Auseinandersetzung mit Krieg, Frieden, Waffen, Neutralität und Solidarität ist herausfordernd und oft verwirrend. Wir wollen dieses Thema mit der früheren Präsidentin der GRÜNEN Regula Rytz und Friedensaktivist Arne Engeli aus grüner und friedenspolitischer Sicht beleuchten.

Dienstag, 23. August 2022, 19.30 Uhr
Stadthofsaal, Kirchstr. 9, Rorschach

OSTGRÜNE:

ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

- GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch
- VERDA Graubünden
Bungertweg 16
7206 Igis
079 820 71 99
www.verda-gr.ch
info@verda.gr
- GRÜNE Schaffhausen
Brünigstrasse 7
8200 Schaffhausen
www.gruene-sh.ch
info@gruene-sh.ch
- GRÜNE St.Gallen
Harfenbergstr. 17
9000 St.Gallen
071 244 00 58
www.gruene-sg.ch
sekretariat@gruene-sg.ch

...und in Arbon

Am **Sonntag, 31. Juli 2022, 20.00 Uhr** kommt Regula Rytz für die 1. August-Ansprache in den Thurgau. Der Anlass findet im Jakob Züllig Park in Arbon statt.



Regula Rytz ist in den kommenden Wochen gleich an zwei Anlässen im OSTGRÜN-Land anzutreffen.

- GRÜNE Thurgau
Barbara Imholz, Aspenstr. 6
8580 Sommeri
071 410 06 01
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

- Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch
- Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
079 846 63 98
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 3/22
1. November 2022

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus

- www.gruene-gl.ch
 - Samstag, 8.9. 19.30 Uhr Parolenfassung

Graubünden

- www.verda-gr.ch
 - aktuell keine Termine geplant

Schaffhausen

- www.gruene-sh.ch
 - Donnerstag, 27.10. Mitgliederversammlung GRÜNE SH

St.Gallen

- www.gruene-sg.ch
 - Freitag 12. bis Sonntag 14.8. GRÜNE Fischbeiz am Seenachtfest Rapperswil
 - Dienstag, 16.8. 19.00 Uhr Mitgliederversammlung GRÜNE Rapperswil-Jona, Neuhof Jona
 - Dienstag, 23.8. 19.30 Uhr Podium «Frieden schaffen – mit oder ohne Waffen?», Stadthofsaal, Kirchstr. 9, Rorschach
 - Dienstag, 30.8. 19.00 Uhr Mitgliederversammlung GRÜNE SG, Wil SG
 - Samstag, 24.09. 20.00 Uhr Oldies-Disco im Dancebeat-Studio FLAWA Werk 1, Flawil, organisiert durch GRÜNE Wil-Land
 - Mittwoch, 26.10. 19.00 Uhr Mitgliederversammlung GRÜNE SG

Thurgau

- www.gruene-tg.ch
 - Sonntag, 31.7. 20.00 Uhr Bundesfeier mit Regula Rytz, Jakob Züllig Park, Arbon
 - Donnerstag, 25.8. Mitgliederversammlung GRÜNE TG, Bezirk Frauenfeld
 - Sonntag, 25.9. 13.00 - 17.00 Uhr OLS-Wanderung und -Velofahrt, Treffpunkt Lindenhof unterhalb Langrickenbach
 - Freitag, 7.10. 19.00 Uhr Herbstessen, Bezirk Kreuzlingen

Ostschweiz und National

- Samstag, 20.8. DV der GRÜNEN CH, Zug
- Sonntag, 25.9. Abstimmungen
- Samstag, 22.10. DV der GRÜNEN CH
- Samstag, 27.5.2023 40 Jahre GRÜNE CH